

# nd-ticker

## Aspekte der Nachrichtendienstlichen Lage

### Sicherheitsbehörden im Spannungsfeld der Massenmedien

Hans-Ulrich Helfer

**Ein unnötig hohes Spannungsfeld zwischen Medien und Sicherheitsbehörden nutzt beiden nicht viel und schon gar nicht der Gesellschaft. Bürger sollten vermehrt der haltlosen Manipulation von Sicherheitsbehörden durch Massenmedien etwas entgegensetzen. Möglichkeiten dazu gibt es.**

#### Medien und Macht

Die Presse musste in den letzten Jahrzehnten verschiedenen anderen Medien mehr und mehr weichen. Radio und Fernsehen, aber auch die neuen Medien wie Internet und Ähnliche haben das geschriebene Wort auf Papier in der Bedeutung zurückgedrängt. Trotzdem ist die Presse ein wichtiges Arbeitsfeld der Journalisten geblieben; die bedeutsamen Tageszeitungen und die Wochenzeitungen mit grossen Auflagen spielen einen nicht zu unterschätzenden Beitrag zur Meinungsbildung. Zudem verfügt das gedruckte Wort über einen langfristigen Einfluss. Während das gesprochene Wort und das Fernsehbild mit der Zeit an Kontur verlieren, überlebt das geschriebene Wort meistens in Archiven und Bibliotheken Jahrzehnte oder Jahrhunderte.

Die Medien jagen mit der „veröffentlichten Meinung“ der angeblich „öffentlichen Meinung“ hinterher, um ihre Auflagenzahlen zu erhöhen. Sie stehen im Banne der Macht der Massen und gehen allen Veränderungen hastig nach, weil sie fürchten, Leser an die Konkurrenz zu verlieren, und kleinere Auflagenzahlen zugleich die heute wichtigen Werbeeinnahmen schmälern würden. Die Medien sind damit weitgehend zum Sprachrohr einer pseudoöffentlichen Meinung „verkommen“. Die meinungsprägenden Zeitungen, die über längere Zeiträume mit Verantwortung und Wahrheitsanspruch arbeiten, sind am verschwinden; übrigbleiben werden wahrscheinlich sogenannte „Minuten- und Pendlerzeitungen“, die kostenlos erhältlich sind.

Der Journalist ist zum Spielball der Be-

dürfnisse der Redaktionen und der Massen degradiert worden. Das Kürzel oder den Namen vor dem entsprechenden Artikel, sofern es einen gibt, nimmt kaum noch jemand zur Kenntnis. Der Austausch



von Informationen und Meinungen wickelt sich nicht mehr zwischen Menschen ab, sondern zwischen Lesern und Zeitungsmaschinerien. Redaktionen und Leser treiben den Journalisten mit dem kaum erfüllbaren Anspruch auf Objektivität zur Arbeit, bei welcher der Journalist oft der desinformierte und missbrauchte ist.

Die Persönlichkeiten aus Regierung, Parlament und Kirche denken nicht mehr

daran, die öffentliche Meinung zu prägen, sondern versuchen ihr zu folgen; die Angst vor der veröffentlichten und öffentlichen Meinung ist derart gross, dass sie sich oft der Lächerlichkeit preisgeben und nicht mehr ihrer Verantwortung als Vertreter des Volkes nachkommen. Die Heuchelei der Persönlichkeiten im Verbund mit den Medien führt zur Zerbröckelung der Anschauungen und zur Gleichgültigkeit der Menschen gegenüber allem, was ihren unmittelbaren Vorteil nicht näher berührt.

Die bereits vorhandenen Meinungen der Öffentlichkeit sind demnach von ausserordentlicher Wichtigkeit für die Presse, und es scheint deshalb grundsätzlich nicht möglich zu sein, dass die Medien aus dem Nichts heraus eine breite öffentliche Meinung aufbauen können. Die enorme Presse- und Meinungsvielfalt in Europa bilden zudem eine wichtige Abwehr gegen Desinformation und Manipulation. Trotzdem gelingt es einigen Desinformanten immer wieder, durch geschickte Anwendungsarten oder Inszenierungen längerfristig eine Meinungsänderung zu bewirken. Und dort, wo es sich um völlig neue Nachrichten über einen bisher unvertrauten Sachverhalt handelt, stossen Information und Desinformation auf einen meinungslosen Empfänger, der für die Manipulation besonders anfällig ist.

Trotz all dem ist sich die Gesellschaft einig, dass den Fach- und Massenmedien eine Kritik- und Kontrollfunktion zukommt und dementsprechend ihre Rolle als 4. Gewalt in einem Staat spielen sollen. Dies trifft ganz besonders auch für die Schweiz im Herzen Europas zu, wo über alles diskutiert und abgestimmt werden darf. Es stellt sich heute aber für ganz Europa die Frage, ob Sicherheitsbehörden und deren Mitglieder zu sensibel sind, wenn sie von den Medien hart kritisiert, scheinbar beurteilt, öfters aber vorverurteilt oder einfach abgeurteilt werden. Betroffene Beamte sprechen immer öfters von gejagt, beeinflusst oder sogar davon, dass sie von der vierten Macht gelenkt würden. Es ist zu

fragen: Leiden die Beamtinnen und Beamten der zur Frage stehenden Behörden schlicht und einfach unter Paranoia oder gibt es tatsächlich Entwicklungen, welche in ihrem Endspiel nicht mehr im Interesse des Staates, das heisst im Verlangen der Bevölkerung nach Ruhe, Sicherheit und Ordnung liegen? Wie sollen sich Sicherheitsbehörden gegenüber ungerechtfertigten Beschuldigungen durch Medien benehmen?

### Vorwürfe an die Medien

Wenn Frau, Hanni Bundi Ryser, ein Mitglied der Geschäftsleitung des Verbandes Schweizer Polizei Beamter (VSPB), im offiziellen Organ *Police 7/2009* titelt „Wenn die Presse Jagd nach der Polizei macht“ und Massnahmen gegen falsche und tendenziöse Berichterstattung fordert, dann darf man ruhig davon ausgehen, dass im hier besprochenen Thema zumindest Rauch wenn nicht sogar Feuer vorhanden ist. Solche Hilferufe und Aussagen sollten von den Verantwortlichen verschiedener Ebenen wirklich ernst genommen werden.

Um ihre Worte zu unterstreichen, könnten hier etliche Fälle von Desinformation und Manipulation im Detail vorgetragen werden. Ein krasser Fall von eigentlicher Hetzjagd geschah im Frühling 2009 im Zusammenhang mit der Einsatzgruppe TIGRIS der Bundeskriminalpolizei: Am 19. März 2009 schrieb die Wochenzeitschrift *Weltwoche* unter dem Titel „Kampftruppe Tigris: die geheime Bundespolizei“: „Die Bundeskriminalpolizei baut sich heimlich eine schwebewaffnete und millionenteure Kampfeinheit auf, ohne politischen Auftrag, ohne transparentes Budget und ohne parlamentarische Kontrolle.“ Obschon das Bundesamt für Polizei sofort eine dreiseitige Richtigstellung veröffentlichte, kam es in den folgenden Tagen zu einer Hetzjagd gegen die Einsatzgruppe Tigris, so dass mehrere Untersuchungen in die Wege geleitet wurden. Einige Monate war es sodann ruhig bis eine Geschäftsprüfungskommission ihre Resultate bekannt gab, worüber nur wenige Medien berichteten, der *Tages Anzeiger* am 27. November 2009 schliesslich: „Aufregung um Geheimtruppe Tigris war Sturm im Wasserglas.“ Es ist ein klassischer Fall wie verschiedene Medien in der Hetze um Auflagenzahlen ein Thema aufbauschen und es schliesslich wie einen heissen Kartoffel fallenliessen, ohne dass die Verursacher sich in Selbstkritik geübt hätten.

### Regeln / Verantwortlichkeiten

Es gehört zu den Aufgaben aller Medien, die Bürger über Ereignisse von öf-

fentlichem Interesse zu orientieren. Die Redaktoren und Journalisten entscheiden dabei in eigener Verantwortung, in welchem Spielraum und in welcher Form sie das tun. Andererseits ist es die Aufgabe der Polizei, die Ruhe, Sicherheit und Ordnung sicher- oder wieder herzustellen. Es ist nur logisch, dass es im Spannungsfeld zwischen journalistischer und polizeilicher Tätigkeit zu Situationen kommen kann, in denen sich einerseits der Journalist und andererseits der Polizeibeamte durch den anderen behindert fühlt.



*Im Verbund mit anderen Medien beteiligte sich auch die Weltwoche an der unqualifizierten Berichterstattung und ‚Hetzjagd‘ gegen die Einsatzgruppe TIGRIS.*

Zweifelslos unterstehen die Medien nur wenigen aussenstehenden Kontrollen und die internen versagen oft kläglich im Alltagskampf um die Auflagen. Es wäre wunderbar, wenn die Medien die ihr zustehenden Funktionen zu aller Zufriedenheit erfüllen würden. Medien sind aber nicht nur Desinformanten oder Manipulanten, sondern es gibt einige weit wichtigere Gründe für ihre Unzulänglichkeit: An erster Stelle steht eindeutig die Unfähigkeit. Viele Journalisten und Redaktoren sind schlecht ausgebildet und massen sich an, ihr Metier zu beherrschen. Sodann agieren sie öfters auch aus Abhängigkeit von vielen Institutionen, wie Parteien, Unternehmen, usw. Aus reiner Alltagsüberforderung sind Journalisten und Redaktoren öfters nicht mehr in der Lage, das richtige Augenmass zu behalten oder den Kern der Wahrheit zu erkennen. Erst nach Unfähigkeit, Abhängigkeit und Überforderung steht die mediale Ausübung von Macht über die Mittel von Desinformation und Manipulation.

Die Grenzen zwischen der Desinformation und der Manipulation sind fließend. Nicht selten wird die Desinformation lediglich als legitime Propaganda bezeichnet.

Desinformation ist die bewusste oder unbewusste Weitergabe und Zurückhaltung von Informationen, die beim Empfänger eine falsche Meinungsbildung bewirken. Manipulation ist die vorsätzliche Weitergabe von verfälschten Informationen, mit denen sich der Manipulant einen Vorteil verschaffen will. Bei der Desinformation sind insbesondere die Auswirkungen beim Empfänger zu berücksichtigen. Bei der Manipulation ist der Vorsatz des Manipulanten von primärer Bedeutung.

Was können Betroffene gegen unfähige, abhängige und überforderte sowie desinformierende Medien tun? Die Allgemeinheit hat viele Möglichkeiten dagegen anzugehen, von der Gründung eigener Medienerzeugnisse bis hin zur Anzeige. Weniger, aber nicht keine, Chancen haben die Sicherheitsbehörden und deren Angehörige. Die Medienstellen der Polizeikorps, deren Führung sowie die politischen Vorgesetzten sollten aktiver auftreten und mehr Mut gegenüber den Medien zeigen. Einerseits sollten die Informationsverantwortlichen die Arbeit der Sicherheitsbehörden besser der Öffentlichkeit näher bringen, aber andererseits - und das scheint mir ganz wichtig -, Falschmeldungen strikt nach dem Presserecht korrigieren und auch auf eine Korrektur bestehen, was leider viel zu wenig getan wird. Auch der Weg zum Presserat oder Ombudsmann sollte von Behörden öfters beschritten werden. Die Medienbeobachtung und etwelche Beschwerden sowie Richtigstellungen verhindern deren Fehlleistungen nicht, aber sie zeigen den Medienverantwortlichen, dass auch Sicherheitsbehörden einen Anspruch auf korrekte und faire Behandlung haben. Ein unnötig hohes Spannungsfeld zwischen Medien und Sicherheitsbehörden nutzt beiden nicht viel und schon gar nicht der Gesellschaft.

### Quellen

- Presdok AG, [www.presdok.ch](http://www.presdok.ch)
- Manipulierte Eidgenossen: <http://www.presdok.ch/presdok/artikel/manipulierte-eidgenossen.pdf>
- *Police*; Zeitschrift des Verbandes Schweizer Polizei Beamter (VSPB)
- Prof. Dr. Roger Blum; *Medien unter Anklage*
- *Verhaltensgrundsätze für Presse/ Rundfunk und Polizei*. Beschlossen von der Innenministerkonferenz am 26. November 1993 und vom Deutschen Presserat, Verleger-, Zeitungs- und Zeitschriftenverbänden, ARD, ZDF, dem Verband Privater Rundfunk und Telekommunikation und den journalistischen Berufsverbänden.
- Internet u.a..

## Sicherheit für die Schweizer Bevölkerung

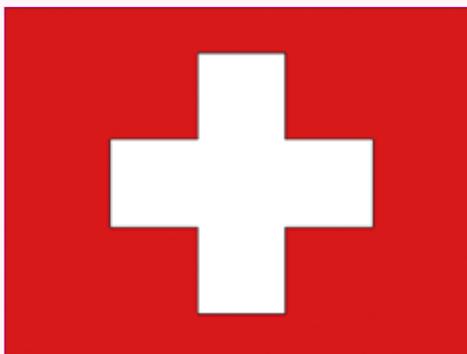
Bundesrat Ueli Maurer, Chef des Eidg. Departements für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS), stellt die Sicherheit der Schweizer Bevölkerung in den Mittelpunkt. Das VBS arbeite konsequent an dieser Sicherheit. Das Geld, das die Armee koste, zahle sich aus in Frieden und Wohlstand und sei eine Investition in die Erfolgsgeschichte unseres Landes, betonte der Verteidigungsminister.

Als wichtige Wegmarken bezeichnete er an seinem Medientag zum Jahreswechsel den Sicherheitspolitische Bericht 2010, der eine Gesamtbetrachtung der Risiken und Gefahren biete, die unserem Land drohten, und den Armeebereichsbericht 2010, der daraus die Konsequenzen für die Armee ableite. Bereits gesetzt ist die nächste Wegmarke: Bevölkerungsschutz und Zivildienst 2015 plus.

Der Verteidigungsminister erklärte, die Welt werde immer unsicherer. Auch die Bevölkerung fühle sich subjektiv unsicherer. Sein Departement arbeite deshalb konsequent daran, die Sicherheit der Schweiz zu erhöhen. Die Finanzen, die dafür aufgewendet würden, zahlten sich aus in Frieden und Wohlstand und seien deshalb eine Investition in die Erfolgsgeschichte unseres Landes.

### Erfolgsmodell generiert politischen Druck

Die Schweiz sei ein freies, friedliches und wohlhabendes Land mit hoher Arbeitsmoral und kluger Finanz- und Wirtschaftspol-



itik, so Maurer. Sie habe die Finanz- und Wirtschaftskrise gut überstanden und sei auch für den Aufschwung gut aufgestellt. Dieses Erfolgsmodell wecke Machtgelüste und Neid und generiere wirtschaftlichen und politischen Druck. Diesem könne das Land standhalten, wenn es den in der Verfassung vorgezeichneten Weg der Eigenständigkeit und der bewaffneten Neutralität konsequent weitergehe.

Zu diesem Weg gehörten die Sicherheitspolitik und unsere Milizarmee, zu der es keine realistische Alternative gebe. Bevölkerung, Wirtschaft und Kantone stünden hinter dieser Armee. Bundesrat

Maurer erinnerte an die geleisteten und bevorstehenden Einsätze: das WEF in Davos, den Frankophoniegipfel von Montreux, die grossen Eidgenössischen Feste, mehrere Katastrophenhilfe-Einsätze und die Friedensförderung. Insgesamt habe die Armee in diesem Jahr über 300'000 Einsatztage geleistet. Maurer würdigte die Arbeit der vielen tausend Bürgerinnen und Bürger, die Dienst geleistet und ihr Bestes gegeben hätten.

### Fit für die Zukunft

„Wir wollen fit für die Zukunft sein, und deshalb muss auch die Sicherheit laufend optimiert werden“, sagte Bundesrat Maurer. Das VBS habe dabei eine entscheidende Funktion. Es gehe voran und ziehe die anderen mit. Der Nachrichtendienst habe mit einem eigenen Bundesamt mehr Gewicht erhalten und werde als Frühwarnsystem für die Landesregierung ausgerichtet. Auch die Cyber Defense werde verstärkt.

Der Chef des VBS betonte eindringlich, dass die Armee in Krisensituationen entscheidend sein könne. Das dürfe nicht vergessen werden, wenn Bundesrat, Parlament und Volk im – vermeintlich – tiefen Frieden Entscheide für ein Instrument träfen, dessen wahrer Wert erst in einer völlig anderen Lage offenkundig werde. (Quelle: VBS)

## Übermässige Zunahme der Zivildienst-Gesuche

Am 1. April 2009 trat für das Verfahren der Zulassung zum Zivildienst die Tatbeweislösung in Kraft. Sie hatte zur Folge, dass die Gesuchzahlen von rund 2'000 auf über 8'500 innert zwölf Monaten stiegen. National- und Ständerat verlangten deshalb rasch Reaktionen des Bundesrates und überwiesen zwei Motionen, die eine sofortige Revision des Zivildienstgesetzes verlangen. Im Nationalrat wurden zudem zwei parlamentarische Initiativen eingereicht, welche höhere Hürden für die Zulassung zum Zivildienst verlangen. Ob diesen Initiativen Folge gegeben wird, ist noch nicht abschliessend entschieden. Hängig ist schliesslich eine Motion.

Der Bundesrat hiess am 23. Juni 2010 einen Bericht des EVD über die Auswirkungen der Tatbeweislösung gut und beauftragte das EVD und das VBS eine Reihe von Massnahmen zu prüfen und zu ergreifen, dem Bundesrat vor Ende 2010 die erforderlichen Ordnungsrevisionen zu beantragen und Ende 2011 erneut über die Auswirkungen der Tatbeweislösung

und über die Notwendigkeit einer Gesetzesrevision Bericht zu erstatten. Der vorliegende Bericht nimmt Bezug auf die Aufträge, die der Bundesrat dem VBS erteilt hat. Das EVD erstattet separat Bericht, welche infolge der Tatbeweislösung die Dauer des Zivildienstes verlängern will.

Neu sollen im Dienst stehende Rekruten, die ein Zivildienstgesuch einreichen oder einreichen wollen, innert vier Wochen in einem Rekrutierungszentrum ein sogenanntes Gespräch Zivildienstgesuche (GZG) durchlaufen. Dabei soll mit einem strukturierten Interview geklärt werden, ob das Zivildienstgesuch allenfalls aus einem der folgenden Gründe gestellt wurde:

- militärkontextuelle Faktoren;
- psychische oder physische Probleme;
- kurz andauernde, ereignisbezogene Reaktion;
- Motivationsproblemen.

Liegen solche Gründe vor, sollen im GZG alternative Lösungen gesucht werden (beispielsweise Zuteilung einer anderen Funktion), um den Rekruten zur Leistung

des Militärdienstes zu motivieren. Beruft sich der Rekrut unmissverständlich auf Gewissensgründe, soll auf das Gespräch verzichtet werden, um nicht den Eindruck zu erwecken, eine Gewissensprüfung durchzuführen. Durch das GZG erhält das „System Armee“ zudem interessante Rückschlüsse und Lehren aus den herrschenden Bedingungen im Bereich der militärischen Menschenführung. Gestützt darauf können wo notwendig Änderungen vorgenommen werden.

Für die Durchführung dieses GZG werden die Rekrutierungszentren Lausanne, Sumiswald und Mte Ceneri (je ein Rekrutierungszentrum für die entsprechende Sprachgruppe) vorgesehen. Durch dieses GZG entstehen zusätzliche Kosten von rund CHF 41'000.-, die VBS-intern zu kompensieren sind.

Auswirkungen der Tatbeweislösung beim Zivildienst: Massnahmen seitens VBS: <http://www.news.admin.ch/NSBSubscriber/message/attachments/21503.pdf>

# Rekordbelegung in den Gefängnissen

Am 1. September 2010 waren in der Schweiz 6'181 Personen in Einrichtungen des Freiheitsentzugs inhaftiert. Dies ist der höchste Bestand seit 1999. Die Belegungsrate nahm gegenüber 2009 um 1,5 Prozentpunkte auf 92,5 Prozent im gesamtschweizerischen Mittel zu. In den lateinischen Kantonen ist eine Sättigung festzustellen, und ihre Belegungsrate von 105 Prozent zeigt eine weitere Verschlechterung der Situation an. Von den Inhaftierten befanden sich 31 Prozent in Untersuchungshaft, 61 Prozent im Straf- und Massnahmenvollzug, 6 Prozent waren im Rahmen von Zwangsmassnahmen gemäss Bundesgesetz über die Ausländerinnen und Ausländer und 2 Prozent aus anderen Gründen inhaftiert. Seit 2004 ist der prozentuale Anteil an ausländischen Inhaftierten stabil und macht 72 Prozent des Gesamtbestandes aus.



Die Erhebung zum Freiheitsentzug wurde bei den 114 Anstalten und Institutionen des Freiheitsentzugs der kantonalen Justiz- und Polizeidepartemente durchgeführt. Während sich die Gesamtzahl der Haftplätze mit 6'683 Einheiten gegenüber 2009 nicht verändert hat, schwankte die Kapazität der verschiedenen Anstaltstypen. So boten die geschlossenen Anstalten und die Massnahmenzentren mehr Haftplätze an (+17 Haftplätze), während die offenen Anstalten und die Gefängnisse Plätze abbauten (-17). 2010 nahm die Belegungsrate gegenüber dem Vorjahr um 1,5 Prozentpunkte zu und erreichte 92,5 Prozent. Die lateinischen Kantone

sehen sich aufgrund der Überbelegung einiger Anstalten mit einer besonders hohen Belegungsrate konfrontiert.

### Rekordbelegung in den Gefängnissen und Massnahmenzentren

Im Jahr 2010 erreichte die Gesamtzahl der in der Schweiz inhaftierten Personen einen neuen Höchststand, indem sie um 97 (+1,6%) auf 6181 Häftlinge zulegte. Von der Steigerung waren insbesondere die offenen Anstalten (+73 Inhaftierte) und die Gefängnisse (+43 Inhaftierte) betroffen. Die Gefängnisse und Massnahmenzentren verzeichneten 2010 Rekordbelegung.

### Stabiler Anteil der ausländischen Inhaftierten...

Seit 2004 ist der Anteil ausländischer Personen am Total der Inhaftierten relativ stabil. Die neuen Zahlen weisen jedoch eine leichte Zunahme gegenüber 2009 (+1,5 Prozentpunkte) und damit einen aktuellen Gesamtbestand von 4'428 ausländischen Inhaftierten aus. 55 Prozent unter ihnen befanden sich im Strafvollzug oder im vorzeitigen Strafvollzug und 35 Prozent in Untersuchungshaft, während der Anteil der Inhaftierten im Rahmen von Zwangsmassnahmen gemäss Bundesgesetz über die Ausländerinnen und Ausländer 8 Prozent betrug.

### ...aber Übervertretung in der Untersuchungshaft

Von den insgesamt 1'894 Personen in schweizerischer Untersuchungshaft sind rund 81 Prozent ausländischer Nationalität. Der Grund für deren Inhaftierung ist meistens Fluchtgefahr. 60 Prozent der ausländischen Untersuchungshäftlinge haben keinen offiziellen Wohnsitz in der Schweiz. Unter ihnen finden sich Touristen, Grenzgängerinnen und Grenzgänger oder sich illegal im Land aufhaltende Personen. Diese Kategorie von Inhaftierten hat seit 2004 stark zugenommen (+63%). Umgekehrt ist die Zahl der Asylsuchenden in Untersuchungshaft stark gefallen, so dass ihr Anteil zurzeit nur noch einen relativ geringen Anteil (5%) an der gesamten Population an Untersuchungshäftlingen ausmacht. (BfS)

# Schlag gegen LTTE

Die Bundeskriminalpolizei (BKP) hat eine national koordinierte Operation gegen mehrere Personen tamilischer Herkunft und Mitglieder der Liberation Tigers of Tamil Eelam (LTTE) durchgeführt. Ihnen wird unter anderem Geldwäscherei und die Zugehörigkeit zu einer kriminellen Organisation vorgeworfen. In zehn Kantonen wurden insgesamt 23 Objekte durchsucht und 10 Personen festgenommen.

Im Mai 2009 eröffnete die BA gestützt auf einen Antrag der BKP eine Strafuntersuchung gegen mehrere Personen tamilischer Herkunft. Ihnen wird unter anderem Drohung (Art. 180 StGB), Erpressung (Art. 156 StGB), Urkundenfälschung (Art. 251 StGB), Geldwäscherei (Art. 305bis StGB) sowie Zugehörigkeit und Unterstützung einer kriminellen Organisation (Art. 260ter StGB) vorgeworfen. Die Operation richtete sich gegen einzelne Exponenten aus dem Umfeld der LTTE.

Im Verlauf der Untersuchung erhärtete sich der Verdacht, dass die beschuldigten Personen Landsleute der tamilischen Diaspora über Jahre gezwungen haben, die LTTE als Organisation finanziell zu unterstützen. Dabei wurden die Opfer in der Schweiz massiv unter Druck gesetzt, bedroht oder waren Erpressungsversuchen ausgesetzt.

Die beschuldigten Personen, in der Schweiz wohnhafte Mitglieder der LTTE, sollen innerhalb der tamilischen Diaspora über Jahre namhafte Summen zur Finanzierung der Tätigkeit der LTTE, insbesondere von Kriegsmaterialkäufen in Sri Lanka gesammelt haben. Die Geldgewinnung erfolgte nach verschiedenen Vorgehensweisen und über mehrere Gesellschaften. Die beschuldigten Personen brachten ihre Landsleute dazu, überhöhte Kredite aufzunehmen und die Gelder der LTTE abzuliefern. Die Kredite wurden meist gestützt auf gefälschte Lohnausweise beantragt. Die Kreditsummen überstiegen die finanzielle Tragbarkeit für die Kreditnehmer erheblich. Wer sich der Geldbeschaffung widersetzte wurde bedroht und musste mit Repressalien rechnen. Der grösste Teil der gesammelten Gelder - insgesamt mehrere Millionen Franken - wurde hauptsächlich durch Kuriere via Drittstaaten und zu einem kleinen Teil mittels Banküberweisungen nach Sri Lanka verbracht. (BA)

## Ein Mediator zur Terrorbekämpfung

Hans-Ulrich Helfer

**Der Kampf gegen den islamistischen Terrorismus in Europa ist kurz- und mittelfristig aussichtslos! Es fehlt ein zeitgemäßes länder- und behördenübergreifendes Lagebild. Es mangelt besonders am kulturellen Verständnis unter Einbezug einer umfassenden Präventionsstrategie. Die seit Jahren andauernden personellen und strukturellen Änderungen innerhalb der Polizei- und Nachrichtendienste deuten zudem auf eine hohe Ratlosigkeit bei den politisch Verantwortlichen hin. Gefragt wäre insbesondere ein kultureller Mediator, eine solche Rolle angekündigt hat kürzlich die Organisation der Islamischen Konferenz (OIC).**

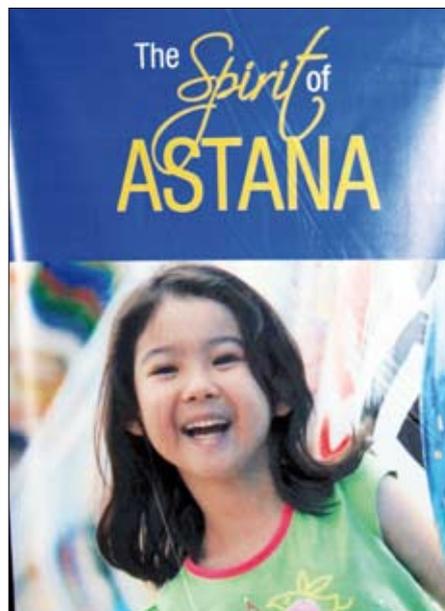
Die Länder der EU müssen sich nicht erst seit kurzem mit dem Problem „Terrorismus“ befassen, sondern sie verfügen über eine jahrzehntelange Erfahrung mit der Bekämpfung des jeweiligen autochthonen Terrorismus. Insgesamt ist er für das jeweilige Land volkswirtschaftlich unbedeutend. Dies mag auch daran liegen, dass die Täter des nationalistisch-separatistischen sowie des links- und rechtspolitischen Terrorismus ihre Taten den Bürgern zu vermitteln versuchen, um sie für ihre Ziele zu gewinnen.

Von anderer Brisanz ist der islamistische Terrorismus, der kaum Interesse an der Vermittelbarkeit der Tat hat. Die letzten Anschläge islamistischer Gruppen haben bewiesen, dass Anschläge von grosser Bedeutung jederzeit möglich sind, ziellos gegen unschuldige Bürger vorgegangen wird, die Täter bewusst eine hohe Anzahl von Opfer erzielen wollen, damit vordergründig keine detailliert politische Forderung verbunden ist, nicht versucht wird, die Tat als legitim zu vermitteln. Es geht um Massenvernichtung an Mensch und Material mit langfristigen Auswirkungen. Die Anschläge zielen also auf die verhassten westlichen (Konsum)-Volkswirtschaften. Islamistischer Terrorismus kann innert Kürze ein Land ins Wanken bringen und zu unüberlegten Reaktionen provozieren. Islamistische Terroristen suchen immer nach neuen Anschlagsmöglichkeiten und effizienteren Waffen. Schlagworte sind Cyber- oder Bio-Terrorismus.

Mit Waffengewalt, Polizei- und Justiz, alleine kann der Kampf gegen den islamistischen Terrorismus nicht gewonnen werden. Nötig wäre ein kultureller Dialog zwischen den islamistisch beeinflussten islamischen sowie den westlichen christlichen Staaten. Sowas in die Wege zu leiten und tatsächlich auch durchzuführen sowie zu begleiten, das kann nur eine Organisation, welche im islamischen Kulturbereich von grösserer Bedeutung ist. Eine der we-

nigen Möglichkeiten wäre die Organisation der Islamischen Konferenz (OIC).

Wikipedia und die OIC Website (<http://www.oic-oci.org>) geben als Gründung der OIC den 25. September 1969 in Rabat



(Marokko) an. Ohne Rücksicht auf westliche Anliegen wurde damals die Befreiung Jerusalems als wichtigstes Ziel genannt. Im März 1970 wurde im saudi-arabischen Dschidda die Einrichtung eines ständigen Generalsekretariats beschlossen. Beim dritten Treffen der Aussenministerkonferenz der OIC im Februar 1972 wurden als wichtigste Ziele die Förderung der islamischen Solidarität und der politischen, ökonomischen, sozialen, kulturellen und wissenschaftlichen Kooperation unter den Mitgliedstaaten, ausserdem die Förderung der Anstrengungen der Muslime für ihre Würde, Unabhängigkeit und nationalen Rechte erwähnt. Nach den Anschlägen auf die Twintower vom 11. September 2001 kam es allmählich zu einem langsamen Umdenken. Schliesslich hat die OIC im Frühjahr 2008 ihre noch aus der Zeit des Kalten Krieges stammende Charta

von 1972 ersetzt. Die Vertreter der 57 Mitgliedstaaten verabschiedeten die neue Charta einstimmig, welche sich erstmals ausdrücklich auf die Menschenrechte bezieht. Sie fordert, dass sich alle Mitglieder im eigenen Land und „international“ für Demokratie, Menschenrechte, die grundlegenden Freiheiten, den Rechtsstaat sowie für verantwortungsbewusste Regierungsführung einsetzen.

Eine äusserst wichtige Rolle im kulturellen Dialog spielt der 2005 gewählte OIC-General Sekretär Prof. Ekmeleddin Ihsanoglu türkischer Herkunft. So kündigte dieser anlässlich des OSZE-Gipfels in Astana-Kasachstan vom 1. und 2. Dezember 2010 weitere Schritte zum internationalen Dialog an. Dabei betonte er bei einer Audienz beim kasachischen Präsidenten Nursultan Nasarbajew die künftige Bedeutung der OIC im interkulturellen Dialog. Besondere Hoffnung wird in diesem Zusammenhang aber auf Kasachstan gelegt, welches nun nach dem OSZE-Vorsitz von 2010 im Juni 2011 den Vorsitz der OIC übernehmen wird. Jedenfalls sieht es so aus, als würde der kasachische Präsident ab Mitte 2011 keine Mühen scheuen wollen. Der Zeitung Kasachstanskaja Prawda gegenüber äusserte er sich folgendermassen:

„Wir stehen vor zwei überaus wichtigen Aufgaben. Die erste besteht darin, es zu lernen, dem religiösen Fundamentalismus als politischer Ideologie entgegenzuwirken, ohne den Islam als Religion zu dämonisieren. Die zweite Aufgabe ist, einen offenen und fairen Dialog zwischen dem Westen und der moslemischen Welt in die Wege zu leiten. Kasachstan habe reiche Erfahrungen beim friedlichen und toleranten Nebeneinanderleben einer Vielzahl an Ethnien und Konfessionen gesammelt. Dieser unbestreitbare Vorteil macht unser Land zu einem der bequemsten Räume für den Dialog zwischen West und Ost, zwischen Europa und der moslemischen Welt.“

Tatsächlich hat Kasachstan im 2010 durch den OSZE-Vorsitz sehr viel Erfahrung mit dem Westen gesammelt, diese wird sie ab Mitte 2011 tatsächlich gebrauchen können, sofern die OIC unter dessen Führung wirklich zu einem Mediator zwischen Ost und West zur Bekämpfung des islamistischen Terrorismus werden soll. Fraglich bleibt, ob sich der kasachische Präsident und bisherige Garant für Stabilität tatsächlich gegenüber den islamistischen „Hitzköpfen“ durchsetzen kann. Westliche Staaten und etliche europäische NGOs werden äusserst kritisch den Vorsitz Kasachstans beobachten und wo nötig auch engagiert hinterfragen.

## Neue Kampfflugzeuge - JETZT

Die Schweizer Luftwaffe muss jederzeit rund um die Uhr fähig sein, unseren Luftraum mit den wirkungsvollsten Mitteln zu überwachen und bedrohungsgerecht zu schützen. Mit der bodengestützten Fliegerabwehr und mit Allwetter-tauglichen modernen Kampfflugzeugen in genügender Zahl. JETZT - Weil unsere Volkswirtschaft mit dem Tiger-Teilersatz über die Kompensationsgeschäfte mit Milliardenbeträgen profitieren kann.

Der Bundesrat hat am 25. August 2010 die Verschiebung der Beschaffung TTE bis spätestens 2015 bekanntgegeben. Dabei hat er den früheren Grundsatzentscheid für einen Teil-Ersatz der 54 veralteten Tiger-Kampffjets bekräftigt und das VBS und das Finanzdepartement beauftragt, gemeinsam bis Ende 2011 die Voraussetzungen für die Finanzierung zu schaffen.

Nach einem Bundesratsentscheid wird der Schweizer Luftraum seit 2005 rund um die Uhr passiv (militärischer Radar) überwacht. Ein entscheidender Sicherheitsgewinn ist jedoch erst mit aktiver Überwachung und Bereitschaft rund um die Uhr auch der Interventionsmittel (die FA-18 Kampfflugzeuge) gegeben.

Gemäss Parlamentsentscheid vom September 2010 muss die Luftwaffe ein solches Bereitschaftssystem - international QRA (Quick Reaction Alert) genannt - einführen. Sie erhält dafür 75 zusätzliche Personalstellen und für den Betrieb zusätzlich 15 Mio. Franken pro Jahr.

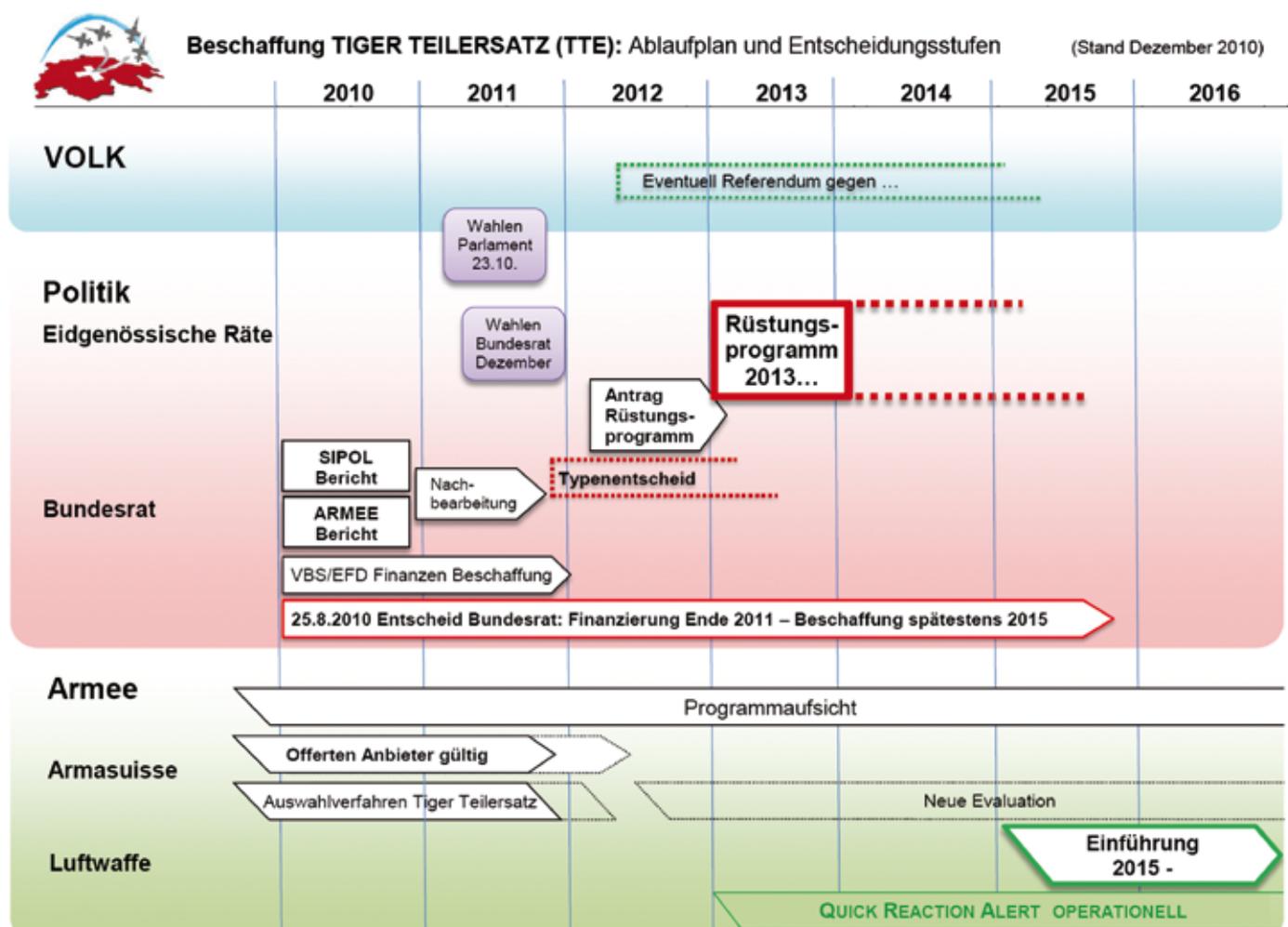
QRA wird ab 2013/14 operationell sein und die 33 FA-18 zusätzlich belasten. Sie reichen nur für die friedensmässigen Kontrollaufgaben. Bei erhöhter Spannung werden für Sperr- und Schutz-Aufgaben zusätzliche Kampfflugzeuge benötigt.

Die Informationsgruppe PRO-Kampfflugzeuge erwartet nun folgendes Vorgehen:

- 2011 Sicherstellung der Finanzierung des TTE
- Wintersession 2011 Entscheid zum TTE
- Ende 2011 Vertragsunterzeichnung mit einem Anbieter (Die Offerten der Anbieter sind bis 31.12.2011 gültig.)

Siehe dazu untenstehender Zeitplan sowie Website:

<http://www.PRO-Kampfflugzeuge.ch>  
<http://www.bodluv.ch>



## Korruptionswahrnehmungsindex und Parteispenden

Der Korruptionswahrnehmungsindex (CPI) misst den Grad der wahrgenommenen Korruption im öffentlichen Sektor. Drei Viertel der 178 untersuchten Länder erzielt auf einer Skala von Null (als sehr korrupt wahrgenommen) bis Zehn (als wenig korrupt wahrgenommen) weniger als fünf Punkte. Korruption bleibt damit weltweit ein ernst zu nehmendes Problem. Die Schweiz fällt im Vergleich zu den Vorjahren um 0.3 Punkte zurück.

Dänemark, Neuseeland und Singapur teilen sich mit einer Punktzahl von 9.3 den ersten Platz. Die unteren Ränge des CPI belegen Länder mit instabilen Regierungen, die häufig unter den Folgen eines Konflikts leiden. Afghanistan und Myanmar teilen sich den vorletzten Platz mit einer Punktzahl von 1.4. Somalia belegt mit einer Punktzahl von 1.1 den letzten Rang.

Die Schweiz belegte im 2010 mit einem Wert von 8.7 Platz 8 des Korruptionswahrnehmungsindex. Der Wert ist der tiefste seit 2003; in den vergangenen 7 Jahren bewegte sich die Schweiz zwischen 8.8 und 9.1 Punkten.

Die im CPI berücksichtigten Umfragen für die Schweiz wurden von 4 Institutionen durchgeführt und umfassen die Zeitspanne von Januar 2009 bis September 2010. In dieser Zeit wurden zwar keine grossen Korruptionsfälle im öffentlichen

Sektor aufgedeckt, doch sind im Rahmen der damaligen Finanzkrise intransparente Zwischenfälle ans Tageslicht getreten, die das demokratische Image der Schweiz nicht begünstigt haben:

So sorgte im Mai 2009 eine aufgedeckte Parteispende von 150'000 CHF der UBS, welche kurz zuvor mit Steuergeldern vor dem Konkurs gerettet worden war, an die CVP in der Öffentlichkeit für Aufruhr. Die



Schweiz ist das einzige demokratische Land, das keine Regelung zur Parteienfinanzierung vorsieht. Dem Schweizer Stimmbürger wird somit grundsätzlich ein Einblick in die finanzielle Interessenlage der Parteienlandschaft verwehrt. Diese intransparente Ausgangslage ruft nicht nur Unmut, sondern auch Misstrauen in die staatlichen und nichtstaatlichen Institutionen hervor.

Vorkommnisse dieser Art stärken kei-

nesfalls das Vertrauen der Bürger in ihren Staat. Das unbestechliche Bild der Schweiz wurde damit in den letzten einhalb Jahren zwar nicht zerstört, aber etwas, genaugenommen um 0.3 Punkte, angekratzt. Transparency International Schweiz fordert deshalb:

- Im Sinne von Art.7 Ziffer 3 der UNCAC die Offenlegung der Parteienfinanzen, um für den Stimmbürger Transparenz in der Parteienlandschaft zu schaffen und um mögliche Interessenbindungen und -konflikte aufzuzeigen.
- dass staatliche und nichtstaatliche Institutionen der Gefahr von Interessenbindungen stärkere Aufmerksamkeit schenken und bei möglichen Interessenskonflikten konsequent Massnahmen ergreifen, damit Entscheidungsprozesse vor missbräuchlicher Einflussnahme geschützt werden.

Antikorruptionsmassnahmen müssen in allen Bereichen implementiert werden. Dies gilt insbesondere für die Finanzmarktreform, den Kampf gegen den Klimawandel und die Verpflichtung der internationalen Gemeinschaft, der weltweiten Armut zu begegnen. Transparency fordert daher eine strengere Umsetzung der UN-Konvention gegen Korruption (UNCAC). Die UNCAC ist ein wichtiges globales Regelwerk zur Bekämpfung von Korruption. (TI Schweiz)

## Transparenz bei den Parteifinzen in Bern abgelehnt

Am 1. Dezember beriet der Grosse Rat des Kantons Bern über die Motion „Transparenz der Parteifinzen“ von Nadine Masshardt (SP/JUSO). Der Vorstoss strebte die Ausarbeitung einer verbindlichen Regelung zur Offenlegung der Finanzierung von politischen Parteien und Kampagnen an. Mit einer entsprechenden Gesetzesänderung wäre Bern zum dritten Kanton nach Tessin und Genf geworden, der eine Offenlegungspflicht einführt.

Transparency International Schweiz beschäftigt sich bereits seit längerer Zeit mit der Finanzierung von politischen Parteien und Kampagnen und hat wiederholt

die Intransparenz, die diesbezüglich in der Schweiz herrscht, kritisiert. Unsere Organisation unterstützte deshalb die Motion, unter anderem indem sie sich direkt an die Parlamentarier wandte und die Vorteile einer Offenlegung erläuterte. Insbesondere erhöht die Transparenz die Legitimität des demokratischen Prozesses und das Vertrauen der Bürger in die Politik. Die Offenlegung von Spenden stärkt zudem die freie Willensbildung und die Fairness von Wahlen und Abstimmungen.

Der Grosse Rat lehnte die Motion mit 71 zu 50 Stimmen ab. Im Resultat zeigen sich Parallelen zu den eidgenössischen

Räten. Dort waren in den vergangenen Jahren mehre ähnlich lautende Vorstösse verworfen worden – obschon die Bevölkerung die Transparenz der Politikfinanzierung mehrheitlich befürworten würde, wie verschiedene Umfragen der letzten Jahre zeigen. Das Thema wird auf jeden Fall auch im kommenden Jahr aktuell bleiben, wenn die Gruppe der Staaten gegen Korruption (GRECO) des Europarats eine Evaluation der Schweiz durchführen wird, deren Schwerpunkt die Parteienfinanzierung sein wird. Es ist zu erwarten, dass dabei die mangelnde Transparenz zur Sprache kommen wird. (TI Schweiz)

### Impressum

nd-ticker: ISSN 1663-8158  
Aspekte der Nachrichtendienstlichen Lage



**Herausgeberin**  
Presdok AG, Mimosenstrasse 5, 8057 Zürich  
Tel. 044 312 10 50, presdok@presdok.ch  
http://www.presdok.ch

**Verantwortlicher Redaktor**  
Hans-Ulrich Helfer  
helfer@presdok.ch

**Layout, Satz, PR-Beiträge, Anzeigen**  
Ascan Helfer  
presdok@presdok.ch, 044 312 10 50

**Erscheinungsweise**  
www.nd-ticker.ch  
Mindestens sechsmal pro Jahr als  
Print- und / oder Online-Ausgabe.

**Bezug**  
Normal-Abonnement Fr. 100.-- pro Jahr  
Gönner-Abonnement Fr. 500.-- pro Jahr  
Postcheckkonto: 80-9017-3: Vermerk nd-ticker

**Druck**  
Schneider Druck AG, 8032 Zürich

**Copyright**  
Alle Rechte vorbehalten.



Humanitas für mehr Freiheit, Sicherheit und Selbstbestimmung

# Humanitas Helvetica

Danke für die Unterstützung auf Postcheckkonto PC 85-587554-5  
IBAN CH50 0900 0000 8558 7554 5

[www.humanitas-helvetica.ch](http://www.humanitas-helvetica.ch)

